

24. NOV



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31 - 33
Fernschreiber 0 886 880

P/XIV/267 - 24, November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Auf Kosten der Sportler? Unangebrachte Härte der Bundesregierung	45
2 - 3	Finstere Affären in Paris Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	85
4 - 5	Die Parteien und das Geld "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß" Bemerkungen zu einer Fernsehsendung	100
5a	Wachsender SPD-Einfluß auch in Baden-Württemberg Zum Ergebnis der Kreistagswahlen	24
6 - 7	Inteilbares Deutschland Berlin erwartet 1200 Teilnehmer Von Dr. Herbert Hupka	66

* * * * *
* * *

Auf Kosten der Sportler ?

sp - Sicherlich gegen ihren Willen sind die bundesrepublikanischen Sportler in das Kreuzfeuer der Politik geraten. Sie sehen sich einem harten Druck von der Bundesregierung ausgesetzt. Das haben sie nicht verdient. Gerade unsere Sportler haben in den vergangenen Jahren gezeigt, dass sie Takt mit Festigkeit auf einem Gebiet zu verbinden verstehen, das von Empfindlichkeiten ohnehin schwer belastet ist. Bei allen internationalen Veranstaltungen, bei denen bundesrepublikanische Sportler auftraten, gewannen sie für den deutschen Namen Ehre, Ruhm und Ansehen. Sie erwiesen sich oft als geschicktere Botschafter als viele unserer bundesrepublikanischen Diplomaten. Die westdeutschen Sportler vermittelten durch ihr Auftreten, durch ihre Fairness und durch ihren olympischen Eifer unseren Nachbarn das Bild einer Generation, die ihre Kräfte nicht mehr auf dem Schlachtfeld, sondern in edlem Wettstreit mit den Sportlern aller Nationen messen will. Sie haben sich um das Vaterland verdient gemacht.

Unsere Sportler scheuen auch jede Art von Politisierung und sie wehren sich auch mit Recht dagegen, an das politische Gängelband genommen zu werden. Dieses Heraushalten aus den Niederungen der Tagespolitik ist ein kostbares Gut, das im Interesse des deutschen Sportes und nicht nur des Sportes allein - bewahrt werden sollte. Leider verschliesst sich der Bundeskanzler diesem selbstverständlichen Gebot. Er strapaziert im Streit um die Olympiafolge die nationale Würde und eine gesamtdeutsche Empfindlichkeit, die man in der Regel bei ihm anzutreffen nicht gewohnt ist. Auch der ihm Wohlwollendste wird Dr. Adenauer nicht bestätigen können, dass er in gesamtdeutschen Fragen einen besonderen Eifer zutage legt.

Man musste, wie die Dinge lagen, eine Flagge finden, die nicht mit dem Zunftzeichen von drüben versehen ist. Das olympische Komitee mit seinem Präsidenten Brundage hatte nach langer schmerzlicher Hin und Her im Einverständnis mit den westdeutschen Sportlern eine wahrhaft weise Lösung getroffen, indem es sich für die Olympiaringe als Zeichen auf der schwarz-rot-goldenen Flagge entschied - gegen den ursprünglichen Widerstand der Manager des ostzonalen Sportes, deren politische Auftraggeber im Sport eine Funktion des Politischen erblicken.

Hat der Bundeskanzler den traurigen Ehrgeiz, hier das gleiche zu tun wie ein Walter Ulbricht? Will er unsere westdeutschen Sportler die Folgen politischer Fehlentscheidungen spüren lassen? Das olympische Komitee hat in seinem Bestreben, die deutsche Spaltung nicht auf dem Gebiete des Sports wirksam werden zu lassen und die Brücke zu erhalten, auf der sich deutsche Sportler aus Ost und West vor dem Angesicht der ganzen Welt begegnen können, mehr Fingerspitzengefühl, Takt und Einsicht bewiesen als der Bundeskanzler.

+ + +

Finstere Affären in Paris

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der Pariser Attentatsskandal nimmt jetzt Ausmasse an, die ernste politische Folgen nach sich ziehen können. Senator Mitterrand hat in öffentlicher Sitzung des französischen Senats, bei vollbesetzten Tribünen, aber vor leerer Regierungsbank, Anklagen in den Saal geschleudert, die nicht ohne Antwort bleiben können. Im Zusammenhang mit dem faschistischen Mordanschlag gegen General Salan, im Januar 1957 in Algier, nannte Mitterrand den Namen des gegenwärtigen gaullistischen Premierministers. Dieser habe sich 1957, als er noch gaullistischer Senator und militanter Nationalist war, an Mitterrand gewendet, damals Justizminister der Vierten Republik:

"Er bat mich, die Untersuchung nicht zu überstürzen, beschwor mich, ihm Zeit zu lassen, seine Verteidigung vorzubereiten und nicht die Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität zu verlangen."

Kein Wunder, dass das Sitzungsprotokoll nach diesen Enthüllungen Mitterrands "anhaltende Bewegung" unter den versammelten Senatoren feststellt.

Schon seit einigen Wochen stellen verschiedene Zeitungen zu diesem Thema Fragen auf Fragen, die unbeantwortet geblieben sind. Nicht nur die linksstehenden Wochenblätter "Express" und "Observateur", sondern auch der rechtsstehende "Rivarol" stellen sehr eindringlich vor allem diese Frage: "Wie heissen diejenigen, die damals die Ermordung Salans anordneten und den Tod des französischen Offiziers Rodier verschuldeten?" (Das Geschoss war nämlich danebengegangen und hatte Rodier, statt Salan getroffen.) Man fragt sich natürlich auch, wer für die Flucht des Mordmörders Kovacs verantwortlich ist. Im Zusammenhang mit ähnlichen Affären wird auch der Name des algierfranzösischen Abgeordneten und Rädeleführers der Maiputschisten Lagaille immer wieder genannt.

"Le Monde" resümierte alle diese brennenden Fragen schon vor Tagen und drängte auf Antwort der zuständigen Stellen, bis jetzt aber vergeblich.

Premierminister Debré hat allerdings, nach der stürmischen Senats-sitzung, ein "formelles Dementi" veröffentlicht, doch ist noch nicht klar, ob sich dieses Dementi auf die damalige Unterredung mit Mitterrand bezieht oder auf den Inhalt dieses Gesprächs. Mitterrand hält seine Erklärungen aufrecht: Debré sei damals von einem "aarrüchiger Individuum",

wahrscheinlich von Kovacs selbst, schwer belastet worden und man habe dem gaullistischen Senator in der 4. Republik die Möglichkeit gegeben, sich gegen die Anwürfe zu verteidigen. Das gleiche Recht beansprucht auch Mitterrand in der gegenwärtigen Attentatsaffäre.

In schwungvoller Rede stellte Mitterrand die Frage, ob man endlich bereit sei, "mit den Mörderbänden Schluß zu machen". Es scheint, daß die Untersuchung der verschiedenen Fememordaffären schon in der 4. Republik immer wieder vertuscht wurde, scheinbar auch mit Hilfe des früheren Justizministers Mitterrand, der aber jetzt auspackt, um sich gegen seine politischen Feinde zu verteidigen. Bestimmte gaullistische Persönlichkeiten sind gegenwärtig durch Enthüllungen bedroht, die nicht nur von links kommen, sondern auch von rechts, nämlich von den ausgebooteten Maiputschisten, die sich zurückgesetzt fühlen und revanchieren wollen.

Milde für Pesquet und Dahuron

Und das ist auch der Grund, warum Pesquet und Dahuron, die beiden KP-Schützen der Attentatsnacht gegen Mitterrand, sich so stark fühlen. Sie sagen: "Wenn ihr uns faßt, packen wir aus." Sie sind immer noch auf freiem Fuß, obwohl Justizminister Michelet und sein Staatsanwalt, die Verhaftung angeordnet haben. Untersuchungsrichter Braunschweig lehnt es ab, dieser Weisung des Ministers nachzukommen, mit einem Hinweis auf die Unabhängigkeit der Justiz.

Staunen erregt auch, daß die wichtige Aussage des früheren linksbürgerlichen Ministerpräsidenten Bourges-Maunoury erst 12 Tage später veröffentlicht wurde; auch er wurde nämlich von Pesquet vor einem bevorstehenden Attentat "gewarnt", wodurch die Aussage Mitterrands deutlich bestätigt wird. Man hat den Eindruck, daß Kräfte am Werke sind, die diese Affäre um jeden Preis vertuschen wollen; Pesquet und Dahuron und ihre Hintermänner sollen ungeschoren bleiben.

Keine Milde für Mitterrand

Hingegen hat der Staatsanwalt die Aufhebung der Immunität Mitterrands angeordnet, weil dieser angeblich die Behörden "irreführt" habe. Mitterrand erklärt nach wie vor, das Opfer einer finsternen Provokation zu sein; man wolle ihn mundtot und kompromittieren, eben weil er die Hintergründe und Verbindungsfäden des "Gegenterrors" kennt. Die Hetze der Rechtsradikalen gegen Mitterrand erinnert stark an ähnliche Kampagnen, die 1914 zur Ermordung von Jean Jaurès durch einen rechtsextremistischen Fanatiker führten. Man erinnert sich auch an die niederträchtige Hetze, die in der Zwischenkriegszeit den sozialistischen Minister Salengro in den Selbstmord getrieben hat. Auch gegen Léon Blum und Mendès-France wurde in ähnlicher infamer Weise geschürt. Darum hat die gesamte Linke die moralische Verteidigung Mitterrands übernommen. Eine Kundgebung der Liga für Menschenrechte vereinigte alle Organisationen der Linken und sprach Mitterrand das Vertrauen aus. Auch François Mauriac brach für den Chef der Widerstandsdemokraten eine Lanze.

Über die Linke hinaus beginnen auch andere breite Schichten der öffentlichen Meinung das Komplott zu durchschauen.

Die Parteien und das Geld

Bemerkungen zu einer Fernsehsendung

Bt - Bundesinnenminister Dr. Gerhard Schröder hat die "freie Gesellschaft" in der Montags-Fernseh-Sendung über das Parteiengesetz in der Bundesrepublik gern und oft zitiert. Er scheint aber in diesem Falle die Freiheit so verstanden wissen zu wollen, daß eine Partei möglichst "frei" davon bleibt, vor der Öffentlichkeit über die Herkunft ihrer Finanzmittel Rechenschaft ablegen zu müssen. Als ihm das SPD-Präsidiumsmitglied Alfred Nau entgegenhielt, daß der vom Bundesinnenministerium ausgearbeitete Gesetzentwurf ein Sieb mit Löchern sei, warf er ein: "Aber Herr Nau, man macht doch kein Gesetz, um es von Anfang an zu durchlöchern!" Hat er dabei nicht an das Kartellgesetz gedacht, so hätte ihm doch mindestens das unter seiner eigenen Regie verabschiedete Lebensmittelgesetz einfallen müssen - beides klassische Illustrationen für das Sprichwort "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß."

"Man" stanzt eben doch wieder von Anfang an große Löcher in das Gesetz. Zu einer wirklich freien Gesellschaft gehören Parteien, die von obskuren Geldquellen frei sind und die sich in aller Freiheit dem Wähler stellen können, wenn er den finanziellen Hintergrund einer Parteiorganisation und ihrer Politik kennenlernen möchte. "Die Parteien", so heißt es in Artikel 21 des Grundgesetzes, "wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." Bei dieser Willensbildung wirken natürlich auch andere Faktoren mit, zum Beispiel die Presse. Was sagt man von einer Presse, die ihre Geldgeber - welche ja auch ihre politischen Auftraggeber sein können - nicht nennen kann? Man würde sagen, daß sie eine korrupte Presse sei. Dasselbe muß man konsequenterweise von einer Partei sagen, die sich in der gleichen Weise verhält. Es kann nicht zur Festigung der Demokratie beitragen, wenn man die Parteien in einem solchen Verhalten noch unterstützt. Ein Gesetz, das den Parteien bei einem solchen Verhalten hilft, korrumpiert die Demokratie.

Deutlich zeigten sich in diesem Fernsehgespräch die Gründe dafür, aus denen heraus die SPD jahrelang darauf drängte, den Auftrag des Grundgesetzartikels 21 - die Parteien "müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben" - in die politische Wirklichkeit umzusetzen. Und es zeigte sich auch, warum die Bundesregierung nach fast einem Jahrzehnt erst einen Entwurf und immer noch einen unzulänglichen Entwurf vorlegt. Während der Bundesinnenminister immer wieder zu allgemeinen Floskeln seine Zuflucht nehmen mußte, konnte Alfred Nau klar und unmißverständlich sagen, daß die Sozialdemokratische Partei jeden Weg mitzugehen bereit sei, der geeignet erscheint, die politische Unabhängigkeit der Parteien zu gewährleisten und Licht in das Dunkel der Parteifinanzen zu bringen. Der SPD-Schatzmeister begründete seine Auffassung, daß der Entwurf Schröders diese elementaren Forderungen nicht erfülle, damit, daß in ihm eine Angabe über die Mitgliederzahlen der Parteien nicht vorgesehen sei. Erst das aber ermöglicht einen Überblick über die Beitragseinnahmen der Partei. Der zentrale Punkt des Parteiengesetzes aber ist es, ob die Namen der Spender genannt werden oder nicht. "Ohne diese Namensnennung", sagte

Alfred Nau, "ist das Ganze wertlos." Alfred Nau hatte die Lacher auf seiner Seite, als er sagte: "Der Funktionär der CDU, der bei der Wahl Flugblätter für die CDU verteilt, gibt sein Wahlgeheimnis preis, während der andere, der Wahlarbeit durch Verteilen von Schecks leistet, ein Privileg bekommt, obwohl beide genau das gleiche tun, nämlich Papier verteilen."

Es scheint Herrn Schröder nicht aufgegangen zu sein, wieviel mit einem Parteiengesetz, das die innere Struktur der Parteien durchsichtig macht, für die Demokratie schon einfach dadurch geleistet wäre, daß auf diese Weise das Vertrauensverhältnis zwischen der Wählerschaft und den Parteien gestärkt würde. Als der Bundesinnenminister bissig meinte, man könne die Parteien ja schließlich nicht "nötigen", ihre Mitgliederzahlen bekanntzugeben, antwortete Alfred Nau ihm treffend, daß ohne eine annähernde Vorstellung von der Mitgliederzahl einer Partei die Öffentlichkeit niemals ein wahrheitsgetreues Bild von der finanziellen Grundlage einer Partei haben könne. Es wurde offenbar, daß hier nicht nur Meinung gegen Meinung, sondern echte demokratische Überzeugung gegen eine einigermaßen willkürliche Auslegung des Auftrages im Artikel 21 GG stand. Umso befremdender mußte es wirken, wenn der Minister so großen Wert auf die "innere Demokratie der Parteien" legte und mit listigem Lächeln meinte, die Parteien müßten eben "geeignete Mitglieder" aufnehmen.

Diskussionsleiter Flake zog das Fazit des Gesprächs mit der Feststellung, daß die CDU/CSU - für die Dr. Zimmermann gesprochen hatte - für den Schröderschen Entwurf eintrete, daß die FDP - deren Sprecher Flach einen Änderungsentwurf ankündigte - mit Einschränkungen die Tendenz des Gesetzentwurfes ebenfalls bejahe und daß die SPD den Entwurf entschieden ablehne. Die Parteienvertreter und der Minister sprachen von Bonn aus. Vom Hamburger Senderaum her wurden gleichzeitig kritische Kommentare eingeblendet. Theodor Eschenburg, Professor der politischen Wissenschaften, wünscht offensichtlich, daß der Auftrag des Grundgesetzes bald erfüllt werde, und hält den ministeriellen Entwurf für einen "Ausgangspunkt". Er sagt ihm aber voraus - falls er in der vorliegenden Form angenommen würde - daß es "noch drei bis vier Novellen braucht", ehe ein akzeptables Parteiengesetz zustande gekommen ist. Dieses Urteil der Wissenschaft ist alles andere als schmeicheltüchtig für die Bundesregierung und ihre Partei. "Man" sollte doch in den letzten Jahren gelernt haben, wie unangebracht es ist, einen Gesetzestext zu fabrizieren, der eine Kette von Novellen nach sich zieht. Hat "man" denn aus den Erfahrungen mit dem Kindergeldgesetz gar keine Lehren gezogen?

Die Parteienfinanzierung durch den Staat war eine Frage, die nur am Rande des Gesprächs auftauchte und die das gegenwärtig im Brennpunkt des öffentlichen Interesses stehende Parteiengesetz eigentlich nicht berührt. In verschiedenen Parteien wird - wie aus den Äußerungen der CDU- und FDP-Diskussionsteilnehmer hervorging - diese Frage erwoogen. Auch hier befindet sich die SPD in einem Gegensatz zu den anderen Parteien und auch hier rührt der Gegensatz von einer konsequenten demokratischen Haltung her: die SPD lehnt die öffentliche Finanzierung der Parteien ab. Sie will keinen Staat, der die Parteien trägt. Sie will das genaue Gegenteil, nämlich unabhängige demokratische Parteien, die den Staat tragen.

Wachsender SPD-Einfluß auch in Baden-Württemberg

sp - Entgegen allen Voraussagen, die den sogenannten Rathausparteien bei den Kreistagswahlen in Baden-Württemberg vom 8. November 1959 reichlich Vorschußlorbeeren erteilt hatten, zeigt sich jetzt beim Bekanntwerden der Einzelergebnisse, daß der prozentuale Anteil der nicht politisch gebundenen Wählergruppen (freie Wählervereinigungen) seit dem Jahre 1953 von 24,7 auf 17 Prozent zurückgegangen ist.

Der einzige Gewinner der Wahl ist die SPD. Ihr Stimmenanteil stieg seit der Kreistagswahl 1953 von 18,2 auf 23,5 Prozent. Dieser Erfolg der SPD ist umso beachtlicher, als sie praktisch die einzige Partei war, die in der Vorbereitung zur Wahl und im Wahlkampf selbst die klare politische Profilierung auch des kommunalen Lebens gefordert hatte.

Der Prozentanteil der CDU ging von 33,4 auf 30,4 Prozent zurück. Die FD/DVP verzeichnet einen Rückgang von 10,9 auf 8,4 Prozent und der BHE von 7,3 auf 6,4 Prozent.

Daß der Einfluß der politischen Parteien eindeutig gegenüber den "Rathausparteien" anstieg, zeigt auch das Ergebnis der kombinierten Wahlvorschläge von politischen Parteien und freien Wählervereinigungen. Diese Kombination gab es im Jahre 1953 noch nicht. Jetzt ist sie am Wahlergebnis mit 13,4 Prozent beteiligt.

Das Gesamtergebnis zeugt also von einer steigenden Bedeutung der politischen Parteien auch im kommunalen Bereich, wobei die SPD ganz eindeutig als klarer Gewinner bezeichnet werden kann.

+ + +

Unteilbares Deutschland

Von Dr. Herbert Hupka

Der diesjährige Jahreskongreß des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND ist der größte, zu dem seit Bestehen des Kuratoriums eingeladen worden ist. Es werden mehr als 1 200 Teilnehmer erwartet. In dieser hohen Teilnehmerzahl kommt ein Dreifaches zum Ausdruck. Die Mitarbeiter des Kuratoriums in Berlin und der Bundesrepublik wollen durch ihre Teilnahme für die Freiheit Berlins und seine Bedeutung im Kräftespiel der Weltpolitik Zeugnis ablegen. Zum anderen ist gerade in dem sich zu Ende neigenden Jahr auch dem letzten Deutschen bewußt geworden, daß wir alle nur dann die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes erringen werden, wenn wir uns als deutsches Volk immer wieder vor aller Öffentlichkeit zur deutschen Einheit in Freiheit bekennen. Schließlich wird in der hohen Teilnehmerzahl offenkundig, daß die Ziele des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND in den fünf Jahren seiner Existenz an Überzeugungskraft gewonnen haben, was nicht zuletzt auch auf die erfolgreiche Aktion "Macht das Tor auf" zurückzuführen ist.

Nicht nur Rückschau

In Berlin soll aber nicht so sehr Rückschau gehalten werden auf das, was bisher zur Bekundung des Wiedervereinigungswillens getan worden ist, als vielmehr das Programm für das nächste Jahr erarbeitet werden. Dem Bundeskuratorium ist es gelungen, hervorragende Sprecher der deutschen Politik und die wichtigsten Repräsentanten der Verbände und Organisationen nach Berlin einzuladen, damit sie in aller Öffentlichkeit zur deutschen Frage Stellung nehmen.

Der Ablauf der Berliner Kongreßtage ist so geplant, daß am 25. November 1959 eine Ausstellung mit dem Thema "Die deutsche Frage im Unterricht" zeigen soll, auf welche Weise unsere Jugend mit dem deutschen Schicksal konfrontiert wird. Am 26. November 1959 wird der frühere Reichstagspräsident Paul Löbe in seiner Eigenschaft als Präsident des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND den Kongreß eröffnen. Begrüßungsworte sprechen der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, der Bundesaußenminister Dr. Heinrich von Brentano, der Erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Alwin Münchmeyer,

und für das Landeskuratorium Berlin, Chefredakteur Arno Scholz. In zwei Referaten werden der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kai Uwe von Hassel, zu dem Thema "Die Antwort des Westens auf die Herausforderung des Ostens" und der Erste Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, zu "Wiedervereinigung und Weltpolitik" das Wort nehmen. In fünf Arbeitskreisen soll sowohl die Frage der Wiedervereinigung mit Mitteldeutschland als auch der ostdeutsche Problembereich in all ihren internationalen Verästelungen erörtert werden:

Jugend und Wiedervereinigung

Steht der erste Tag unter dem Zeichen der aktuellen Tagespolitik, soweit diese sich mit der Wiedervereinigung Deutschlands befaßt, so wird am zweiten Kongreßtag, dem 27. November 1959, das Verhältnis der Jugend zur Wiedervereinigung im Vordergrund stehen. Die beiden Referate haben der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, und der Stellvertretende Vorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen, übernommen. Am Nachmittag desselben Tages referiert der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND, Dr. W.W. Schütz, über die Arbeit des Kuratoriums, und der Verleger Axel Springer behandelt das Thema: "Wiedervereinigung und öffentliche Meinung". In drei Arbeitsgruppen wird der Themenkreis "Jugend und Wiedervereinigung" untersucht werden.

Der letzte Kongreßtag, der 28. November 1959, wird eingeleitet mit einem Vortrag von Professor Dr. Ferdinand Friedensburg über "Die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetzone und die Wiedervereinigung" und beschlossen mit einer Ansprache des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, über: "Berlin - Bollwerk der Freiheit".

Da der Kongreß zu einem Zeitpunkt nach Berlin geladen worden ist, in dem die entscheidenden Besprechungen zur Vorbereitung der Gipfelkonferenz begonnen haben, fällt dem Berlin-Kongreß eine erhöhte politische Bedeutung zu. Ohne etwa die Bedeutung des Berliner Kongresses ungerechtfertigterweise überhöhen zu wollen, kann gesagt werden, daß in Berlin die Wiedervereinigungspolitik Deutschlands richtungweisend abgesteckt werden wird.

+ + +